



GRUNDSATZ- UND PARTEIPROGRAMM

***Für Deutschland. Für die Menschen.
Für eine starke Zukunft.***

****Programmstand 2026****

Beschlossen auf dem Parteitag am 31.05.2026

INHALTSVERZEICHNIS

GRUNDSATZ- UND PARTEIPROGRAMM DER DLW DEUTSCH-LAND-WIRTSCHAFT

Für Deutschland. Für die Menschen. Für eine starke Zukunft.

VORWORT DES BUNDESVORSITZENDEN

Benjamin Meise

Bundvorsitzender der Deutsch-Land-Wirtschaft

5

PRÄAMBEL

Unser Anspruch an Deutschland und seine Zukunft

16

I. UNSERE GRUNDWERTE

- | | |
|---------------------------------|----|
| 1. Freiheit und Verantwortung | 17 |
| 2. Demokratie und Rechtsstaat | 17 |
| 3. Sachlichkeit statt Ideologie | 17 |

II. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

- | | |
|----------------------------|----|
| 4. Mehr direkte Demokratie | 18 |
| 5. Transparenz | 18 |

III. STAATSFINANZEN UND EIN LEISTUNGSFÄHIGER STAAT

- | | |
|------------------------------------|----|
| 6. Haushaltsdisziplin | 19 |
| 7. Prioritäten statt Verschwendung | 19 |

IV. WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

- | | |
|-----------------------------|----|
| 8. Wirtschaftliche Stärke | 20 |
| 9. Industrie erhalten | 20 |
| 10. Arbeit muss sich lohnen | 20 |

V. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

- | | |
|---------------------------------------|----|
| 11. Landwirtschaft ist systemrelevant | 21 |
| 12. Weniger Bürokratie | 21 |

13. Faire Wettbewerbsbedingungen	21
14. Agrardiesel	21
15. Regionale Lebensmittelversorgung	21
VI. LÄNDLICHER RAUM	
16. Gleichwertige Lebensverhältnisse	22
VII. INFRASTRUKTUR	
17. Infrastruktur ist die Grundlage unseres Wohlstands	23
18. Erhalt vor Neubau	23
19. Schnellere Genehmigungen	23
VIII. VERKEHR	
20. Mobilität für alle	24
21. Straßenverkehr	24
22. Öffentlicher Verkehr	24
23. Schienenverkehr	24
IX. LOGISTIK UND WIRTSCHAFTSVERKEHR	
24. Deutschland als Logistikstandort stärken	25
25. Straße, Schiene und Wasser verbinden	25
X. BILDUNG	
26. Bildung ist Zukunft	26
27. Einheitliche Qualitätsstandards	26
28. Individuelle Förderung	26
29. Lehrkräfte stärken	26
30. Berufliche Bildung	27
XI. FAMILIE UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT	
31. Familien stärken	28
XII. RENTE UND ALTERSSICHERUNG	
32. Vertrauen in die Rente zurückgewinnen	29
33. Lebensleistung anerkennen	29
XIII. GESUNDHEIT UND PFLEGE	
34. Gute Gesundheitsversorgung	30
35. Ärzte und Pflege entlasten	30
36. Medizin im ländlichen Raum	30
37. Pflege stärken	30
XIV. SOZIALSTAAT UND ARBEIT	
38. Ein starker Sozialstaat	31
39. Arbeit muss sich lohnen	31

XV. FACHKRÄFTESICHERUNG, MIGRATION UND INTEGRATION

40. Fachkräfte im eigenen Land gewinnen	32
41. Junge Menschen für Ausbildung gewinnen	32
42. Ältere Arbeitnehmer	33
43. Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integrieren	33
44. Menschen mit Behinderung einbeziehen	33
45. Gesteuerte und geordnete Migration	34
46. Fachkräfte gezielt gewinnen	34
47. Ausländische Qualifikationen anerkennen	34
48. Sprache als Schlüssel zur Integration	35
49. Integration in Arbeit	35
50. Asyl und Fachkräfteeinwanderung klar trennen	35
51. Rückführung bei fehlendem Aufenthaltsrecht	36
52. Integration ist keine Einbahnstraße	36
53. Keine Ausbeutung von Migranten	37
54. Kommunen unterstützen	37
55. Fachkräftesicherung auf mehreren Säulen	38

XVI. INNERE SICHERHEIT

56. Freiheit braucht Sicherheit	39
---------------------------------	----

XVII. ENERGIE

57. Bezahlbare und sichere Energie	40
------------------------------------	----

XVIII. NATUR-, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

58. Umweltschutz ohne Ideologie	41
59. Verursacherprinzip	41

XIX. DIGITALISIERUNG

60. Der Staat muss digital funktionieren	42
61. Digitalisierung mit Freiheit	42

XX. FORSCHUNG UND INNOVATION

62. Zukunft durch Innovation	43
------------------------------	----

XXI. WOHNEN UND EIGENTUM

63. Bezahlbares Wohnen	44
64. Eigentum stärken	44

XXII. EHRENAMT, KULTUR UND GESELLSCHAFT

65. Gesellschaft lebt vom Engagement	45
--------------------------------------	----

XXIII. EUROPA

66. Ein starkes Europa	46
67. Subsidiarität	46

XXIV. FRIEDEN UND AUSSENPOLITIK

68. Frieden durch Diplomatie	47
------------------------------	----

XXV. BUNDESWEHR UND KRISENVORSORGE

69. Sicherheit gewährleisten	48
------------------------------	----

XXVI. WOHIN WIR WOLLEN

70. Unser Gesellschaftsbild	49
-----------------------------	----

XXVII. UNSER DEUTSCHLAND

Unser Deutschland – unsere Ziele und unser politischer Anspruch	50
---	----

XXVIII. DIE DLW IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

1. Transparenz	51
2. Finanzierbarkeit	
3. Sachlichkeit	
4. Bürgernähe	
5. Verantwortung	
6. Korrekturfähigkeit	

XXIX. UNSERE SIEBEN LEITLINIEN

1. Ausgewogenheit	52
2. Vernunft	
3. Sachlichkeit	
4. Verantwortung	
5. Leistung	
6. Solidarität	
7. Demokratie	

SCHLUSSWORT

<i>Deutschland braucht keinen weiteren politischen Lagerkampf. Deutschland braucht Lösungen.</i>	53
--	----

DEUTSCH-LAND-WIRTSCHAFT

*Für Deutschland.
Für die Menschen.
Für eine starke Zukunft.*

Nicht links. Nicht rechts. Sondern vernünftig.

VORWORT DES BUNDESVORSITZENDEN

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Deutschland steht an einem Wendepunkt.

Unser Land verfügt über enorme Möglichkeiten, über engagierte Menschen, leistungsfähige Unternehmen, eine starke Landwirtschaft, qualifizierte Arbeitnehmer, hervorragende Wissenschaft und eine lange Tradition gesellschaftlicher Verantwortung. Gleichzeitig erleben wir eine Zeit, in der viele Menschen zunehmend das Gefühl haben, dass Politik und gesellschaftliche Realität auseinanderdriften.

Steigende Lebenshaltungskosten, wachsende Bürokratie, wirtschaftliche Unsicherheit, fehlende Fachkräfte, eine überforderte Infrastruktur, Veränderungen in unserem Bildungs- und Gesundheitssystem und die zunehmende Belastung der öffentlichen Haushalte beschäftigen die Menschen täglich.

Viele fragen sich zu Recht:

Wo soll unser Land hin?

Die DLW – Deutsch-Land-Wirtschaft – ist aus einer solchen Frage heraus entstanden.

Unsere Partei wurde im Umfeld der Bauernproteste gegründet. Die damaligen Proteste haben uns deutlich vor Augen geführt, wie groß die Kluft zwischen politischen Entscheidungen und der Lebenswirklichkeit der Menschen sein kann. Unsere ursprüngliche politische Arbeit war deshalb stark von den Interessen der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes geprägt.

Doch schnell wurde deutlich:

Die Probleme unserer Landwirtschaft sind kein isoliertes Problem.

Sie stehen beispielhaft für eine Entwicklung, die viele Bereiche unserer Gesellschaft betrifft.

Wenn politische Entscheidungen wirtschaftliche Existenzen gefährden, wenn immer neue Vorschriften entstehen, wenn staatliche Mittel nicht nachvollziehbar eingesetzt werden oder wenn Menschen das Vertrauen verlieren, dass ihre Anliegen überhaupt noch gehört werden, dann betrifft das nicht nur Landwirte.

Dann betrifft es uns alle.

Politik muss wieder nachvollziehbar werden

Wir haben deshalb einen politischen Anspruch, der uns von Anfang an begleitet:

Ausgewogenheit, Vernunft und sachlicher Dialog.

Diese Grundsätze bilden das Fundament der DLW.

Wir wollen keine Politik betreiben, die Menschen allein deshalb in bestimmte Schubladen steckt, weil sie eine andere Meinung vertreten.

Wir wollen miteinander reden.

Wir wollen zuhören.

Wir wollen Argumente austauschen.

Und wir wollen am Ende nach der Lösung suchen, die unserem Land und seinen Menschen tatsächlich den größten Nutzen bringt.

Das bedeutet auch, eigene Positionen zu hinterfragen, wenn neue Erkenntnisse dies erforderlich machen.

Für uns ist Politik kein Glaubensbekenntnis.

Politik muss sich an der Realität messen lassen.

Unser ursprüngliches Parteiprogramm formuliert deshalb ausdrücklich den Anspruch, auf Grundlage des Grundgesetzes sachorientierte Lösungen zu entwickeln und uns klar von extremistischen Ideologien jeder Richtung abzugrenzen.

Von der Landwirtschaft zur Gesellschaftspolitik

Die Landwirtschaft bleibt für uns ein zentraler Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Sie produziert unsere Lebensmittel, prägt unsere Kulturlandschaft, erhält regionale Strukturen und schafft Wertschöpfung.

Wir haben in unseren Veröffentlichungen immer wieder darauf hingewiesen, dass Landwirtschaft nicht dauerhaft zwischen steigenden Anforderungen, internationalem Preisdruck und zunehmender Bürokratie aufgerieben werden darf. Unsere Forderungen zur Agrardieselbesteuerung, zu fairen Handelsbedingungen und zu einer stärkeren regionalen Wertschöpfung sind Ausdruck dieses Grundverständnisses.

Aber unsere politische Verantwortung endet nicht am Hof.

Sie reicht vom Klassenzimmer bis zum Krankenhaus, vom Handwerksbetrieb bis zum Industrieunternehmen, von der Landarztpraxis bis zur Autobahn, von der Familie bis zur Rente.

Deshalb entwickeln wir die DLW weiter.

Aus einer Partei, die aus den berechtigten Anliegen der Landwirtschaft entstanden ist, wird eine Partei, die **Land, Wirtschaft und Gesellschaft als zusammengehörige Bereiche versteht**.

Denn ohne eine leistungsfähige Wirtschaft können wir keinen starken Sozialstaat finanzieren.

Ohne funktionierende Infrastruktur kann unsere Wirtschaft nicht leistungsfähig sein.

Ohne gute Bildung können wir unseren Fachkräftebedarf nicht decken.

Ohne Landwirtschaft können wir unsere Ernährungssicherheit nicht gewährleisten.

Und ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt wird unser Land langfristig seine Stabilität verlieren.

Verantwortung statt Versprechen

Ein Staat kann nicht unbegrenzt Geld ausgeben.

Diese einfache Erkenntnis scheint in der politischen Diskussion zunehmend verloren zu gehen.

Die DLW hat deshalb wiederholt die Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung kritisiert. Insbesondere die zunehmende Nutzung von Sondervermögen und die damit verbundene Intransparenz sehen wir kritisch. Nach einer Anfrage der DLW beim Bundesrechnungshof bekräftigte die Partei ihre Forderung nach Haushaltswahrheit und einer klaren Priorisierung staatlicher Mittel.

Wir wollen deshalb einen Staat, der seine Aufgaben erfüllt, aber nicht jeden gesellschaftlichen Wunsch mit neuen Schulden finanziert.

Steuergeld ist das Geld der Bürger.

Es muss verantwortungsvoll, transparent und zielgerichtet eingesetzt werden.

Wir wollen investieren, wo Investitionen notwendig sind:

- in Schulen,
- in Straßen und Brücken,

- in Schienenwege,
- in Digitalisierung,
- in Energieversorgung,
- in innere Sicherheit,
- in wirtschaftliche Entwicklung
- und in die Zukunft unserer Kinder.
- Aber wir wollen ebenso ehrlich sagen, wenn etwas nicht finanzierbar ist.
- Politik muss wieder lernen, Prioritäten zu setzen.

Wirtschaft und soziale Verantwortung gehören zusammen

Wir glauben nicht an den Gegensatz zwischen Wirtschaft und Sozialstaat.

Im Gegenteil:

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage eines starken Sozialstaates.

Unternehmen, Handwerker, Landwirte, Selbstständige und Arbeitnehmer schaffen die wirtschaftliche Grundlage unseres gesellschaftlichen Wohlstands.

Sie brauchen dafür jedoch verlässliche Rahmenbedingungen.

Wir wollen deshalb Bürokratie abbauen, Investitionen ermöglichen, Innovation fördern und den Wirtschaftsstandort Deutschland stärken.

Gleichzeitig darf wirtschaftlicher Erfolg nicht bedeuten, dass Menschen zurückgelassen werden.

Wer unverschuldet in Not gerät, muss auf unsere Gesellschaft zählen können.

Wer aufgrund von Krankheit oder Alter nicht mehr arbeiten kann, verdient unseren Schutz.

Wer arbeitet und Verantwortung übernimmt, muss von seiner Arbeit aber auch leben können.

Solidarität und Eigenverantwortung sind für uns keine Gegensätze. Sie gehören zusammen.

Landwirtschaft, regionale Wertschöpfung und Ernährungssicherheit

Unsere jüngsten politischen Veröffentlichungen zeigen deutlich, dass wir dieses Verständnis konsequent weiterführen.

Wir haben uns gegen Handelsabkommen ausgesprochen, wenn diese zu unfairen Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirtschaft führen. Beim Thema Mercosur

haben wir deshalb gemeinsam mit Landwirten öffentlich protestiert und auf die Risiken für regionale Wertschöpfung und Ernährungssouveränität hingewiesen.

Auch bei der öffentlichen Beschaffung vertreten wir einen klaren Standpunkt:

Wenn Politik regionale Landwirtschaft fordert, muss die öffentliche Hand selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser und öffentliche Einrichtungen können wichtige Ankerkunden für regionale Erzeuger sein. Genau deshalb fordert die DLW eine stärkere Berücksichtigung regionaler Produkte in der Gemeinschaftsverpflegung.

Das ist für uns praktische Politik.

Nicht nur reden.

Handeln.

Infrastruktur, Verkehr und Logistik sind keine Nebensache

Deutschland lebt von seiner Infrastruktur.

Straßen, Brücken, Schienen, Wasserwege, digitale Netze und Logistik sind die Lebensadern unseres Landes.

Wenn eine Brücke nicht mehr befahren werden kann, wenn Güterzüge nicht zuverlässig verkehren, wenn Lkw keine ausreichenden Parkmöglichkeiten finden oder wenn ländliche Regionen vom öffentlichen Verkehr abgeschnitten werden, entstehen nicht nur persönliche Einschränkungen.

Es entstehen wirtschaftliche Schäden.

Deshalb wollen wir Infrastrukturpolitik nicht als ideologischen Kampf zwischen einzelnen Verkehrsmitteln verstehen.

Wir brauchen das Auto.

Wir brauchen Bus und Bahn.

Wir brauchen den Lkw.

Wir brauchen den Schienengüterverkehr.

Wir brauchen unsere Wasserstraßen.

Und wir brauchen funktionierende digitale Netze.

Die Frage darf deshalb nicht lauten:

Welcher Verkehrsträger ist der politisch richtige?

Die Frage muss lauten:

Welche Kombination funktioniert für Menschen, Wirtschaft und Umwelt am besten?

Bildung ist die Investition in unsere Zukunft

Unsere Kinder können nichts dafür, welche politischen Entscheidungen heute getroffen werden.

Aber sie werden morgen mit deren Folgen leben müssen.

Deshalb brauchen wir ein Bildungssystem, das Wissen vermittelt, Leistung anerkennt und gleichzeitig jedem Kind die Möglichkeit gibt, entsprechend seiner individuellen Fähigkeiten gefördert zu werden.

Bildung muss zugänglich und bezahlbar sein.

Sie darf aber niemals beliebig werden.

Wir brauchen Qualität, vergleichbare Standards und gut ausgebildete Lehrkräfte.

Und wir müssen endlich verstehen, dass berufliche Bildung genauso wichtig ist wie akademische Bildung.

Ein guter Handwerker, eine gute Pflegekraft, ein Landwirt, eine Fachkraft in der Industrie oder ein qualifizierter Logistiker leisten für unser Land ebenso einen unverzichtbaren Beitrag wie ein Akademiker.

Fachkräfte sichern – Potenziale nutzen

Deutschland braucht Fachkräfte.

Aber Fachkräftesicherung beginnt nicht erst bei der Einwanderung.

Sie beginnt in unseren Schulen.

Sie beginnt in unseren Ausbildungsbetrieben.

Sie beginnt bei der Weiterbildung.

Sie beginnt bei Menschen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen möchten.

Und sie beginnt bei älteren Menschen, die freiwillig länger arbeiten möchten.

Erst wenn wir diese Potenziale besser nutzen, sollten wir darüber sprechen, welche zusätzlichen Fachkräfte unser Land gezielt aus dem Ausland gewinnen muss.

Wir stehen deshalb für eine **gesteuerte, qualifikationsorientierte und integrationsfähige Migration**.

Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten, sich integrieren und unsere Gesellschaft mitgestalten wollen, sollen eine faire Chance erhalten.

Gleichzeitig erwarten wir die Bereitschaft zur Integration, insbesondere zum Spracherwerb und zur Achtung unserer Rechtsordnung.

Humanität und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen.

Frieden braucht Diplomatie

Auch außenpolitisch wollen wir einen anderen Akzent setzen.

Die DLW steht für Frieden und Sicherheit.

Wir sind überzeugt, dass militärische Stärke allein keinen dauerhaften Frieden schafft.

Diplomatie, Verhandlungen und internationale Zusammenarbeit müssen wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.

Unsere Partei hat deshalb bereits in früheren Veröffentlichungen eine stärkere diplomatische Orientierung und eine Begrenzung von Waffenexporten gefordert.

Deutschland muss Verantwortung übernehmen.

Aber Verantwortung bedeutet auch, die Interessen unseres eigenen Landes und zukünftiger Generationen im Blick zu behalten.

Mehr Demokratie wagen

Viele Menschen haben das Gefühl, politischen Entscheidungen nur noch ausgeliefert zu sein.

Wir wollen dieses Gefühl nicht beklagen.

Wir wollen etwas dagegen tun.

Die Bürger müssen stärker beteiligt werden.

Deshalb wollen wir direkte Demokratie ausbauen und Möglichkeiten schaffen, politische Entscheidungen stärker durch die Bürger mitzugestalten.

Demokratie lebt nicht nur von Wahlen.

Demokratie lebt vom Mitmachen.

Dieses Programm ist unser Angebot

Dieses Parteiprogramm ist deshalb mehr als eine Sammlung einzelner Forderungen.

Es ist unser Angebot an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Ein Angebot für eine Politik, die zuhört.

Eine Politik, die unterschiedliche Interessen miteinander verbindet.

Eine Politik, die wirtschaftliche Vernunft und soziale Verantwortung nicht gegeneinander ausspielt.

Eine Politik, die Landwirtschaft und Industrie nicht gegeneinander stellt.

Eine Politik, die Stadt und Land zusammen denkt.

Eine Politik, die Umwelt- und Wirtschaftsschutz miteinander verbinden will.

Eine Politik, die Migration weder verklärt noch pauschal verurteilt.

Eine Politik, die Frieden nicht nur beschwört, sondern Diplomatie als politisches Instrument ernst nimmt.

Und vor allem:

Eine Politik, die den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt.

Unser Anspruch

Wir wissen, dass wir nicht auf jede Frage die perfekte Antwort haben.

Aber wir haben den Anspruch, ehrlich nach Antworten zu suchen.

Wir werden Fehler machen.

Wir werden Entscheidungen korrigieren müssen.

Und wir werden uns auch Kritik stellen.

Denn genau das gehört für uns zu einer lebendigen Demokratie.

Was wir jedoch nicht wollen, ist eine Politik, die Probleme aus Angst vor der nächsten Schlagzeile verschweigt.

Wir wollen Probleme benennen.

Wir wollen Ursachen analysieren.

Wir wollen Lösungen diskutieren.

Und wir wollen anschließend Verantwortung dafür übernehmen.

Für Deutschland. Für die Menschen. Für eine starke Zukunft.

Die DLW ist aus Protest entstanden.

Aber wir wollen keine reine Protestpartei sein.

Wir wollen gestalten.

Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Und wir wollen zeigen, dass politische Auseinandersetzungen auch ohne ideologische Scheuklappen möglich sind.

Unser Deutschland braucht keinen weiteren Lagerkampf.

Es braucht keine Politik, die Menschen ständig gegeneinander ausspielt.

Es braucht eine Politik, die verbindet.

Eine Politik der Vernunft.

Eine Politik des Maßes.

Eine Politik der Verantwortung.

Eine Politik, die sich nicht zuerst fragt, welcher Partei eine Forderung nützt, sondern:

Was nützt Deutschland und seinen Menschen?

Dafür steht die Deutsch-Land-Wirtschaft.

Dafür steht dieses Parteiprogramm.

Und dafür möchte ich gemeinsam mit unseren Mitgliedern, Unterstützern und allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich für unser Land engagieren wollen, Verantwortung übernehmen.

Für Deutschland.

Für die Menschen.

Für unsere gemeinsame Zukunft.

Mit demokratischen Grüßen

Benjamin Meise

Bundesvorsitzender

Deutsch-Land-Wirtschaft (DLW)

PRÄAMBEL

Deutschland ist unser Land.

Ein Land mit einer starken Wirtschaft, leistungsfähigen Unternehmen, einer traditionsreichen Landwirtschaft, engagierten Menschen, hervorragenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen und einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Unser Wohlstand ist über Generationen entstanden. Er ist jedoch keine Selbstverständlichkeit.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: steigende Lebenshaltungskosten, Unsicherheit bei Rente und Gesundheitsversorgung, Fachkräftemangel, eine alternde Gesellschaft, zunehmende Bürokratie, eine schwächelnde Wirtschaft, Investitionsstau bei Straßen, Brücken und Schienen, Herausforderungen im Bildungswesen sowie eine zunehmende Distanz zwischen Bürgern und Politik.

Die DLW – **Deutsch-Land-Wirtschaft** – will diesen Herausforderungen mit einer Politik begegnen, die sich nicht an politischen Lagern, Ideologien oder kurzfristigen Schlagzeilen orientiert.

Unser Maßstab sind:

Vernunft, Sachlichkeit, Ausgewogenheit, Verantwortung und das Gemeinwohl.

Wir stehen auf dem Boden des Grundgesetzes.

Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zu Menschenwürde, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Mitbestimmung.

Wir lehnen politischen Extremismus jeder Richtung ab.

Die DLW will nicht spalten.

Wir wollen unterschiedliche Interessen zusammenführen und tragfähige Lösungen entwickeln.

Unser Anspruch lautet:

Nicht links. Nicht rechts. Sondern vernünftig.

I. UNSERE GRUNDWERTE

1. Freiheit und Verantwortung

Freiheit ist ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Sie bedeutet für uns zugleich Verantwortung. Jeder Mensch soll sein Leben möglichst selbstbestimmt gestalten können und Verantwortung für sich, seine Mitmenschen und unsere Gesellschaft übernehmen.

Der Staat soll dort unterstützen, wo Hilfe notwendig ist, sich aber nicht unnötig in das Leben seiner Bürger einmischen.

2. Demokratie und Rechtsstaat

Demokratie und Rechtsstaat bilden die Grundlage unseres Zusammenlebens.

Gesetze müssen für alle gelten.

Staatliches Handeln muss nachvollziehbar, überprüfbar und verhältnismäßig sein.

3. Sachlichkeit statt Ideologie

Politische Entscheidungen müssen sich an ihrer tatsächlichen Wirkung messen lassen.

Wir fragen:

- Was funktioniert?
- Was ist finanzierbar?
- Was ist gerecht?
- Was ist wissenschaftlich belegbar?
- Was bringt den Menschen tatsächlich einen Nutzen?

Politik darf kein Glaubensbekenntnis sein.

Wenn sich eine Entscheidung als falsch erweist, muss sie korrigiert werden.

II. DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

4. Mehr direkte Demokratie

Demokratie darf sich nicht darauf beschränken, alle paar Jahre einen Wahlzettel auszufüllen.

Wir wollen die Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligen.

Die DLW setzt sich deshalb ein für:

- erleichterte Bürgerbegehren,
- Volksentscheide auf geeigneten politischen Ebenen,
- öffentliche Anhörungen,
- transparente Entscheidungsprozesse,
- digitale Beteiligungsmöglichkeiten,
- stärkere Einbindung von Bürgerinitiativen.

Politik muss wieder stärker **mit den Bürgern** und nicht nur **über die Bürger** gemacht werden.

5. Transparenz

Öffentliche Gelder sind Gelder der Bürger.

Wir wollen:

- transparente Haushalte,
- nachvollziehbare staatliche Ausgaben,
- transparente Förderprogramme,
- regelmäßige Kosten-Nutzen-Prüfungen,
- stärkere Kontrolle staatlicher Großprojekte,
- nachvollziehbare Investitionsentscheidungen.

Steuergeld ist kein politisches Eigentum.

III. STAATSFINANZEN UND EIN LEISTUNGSFÄHIGER STAAT

6. Haushaltsdisziplin

Deutschland braucht einen Staat, der seine finanziellen Möglichkeiten kennt und danach handelt.

Wir stehen für:

- Haushaltswahrheit,
- transparente Verschuldung,
- klare politische Prioritäten,
- regelmäßige Ausgabenkontrollen,
- Abbau ineffizienter Subventionen,
- Abbau staatlicher Doppelstrukturen,
- konsequente Digitalisierung der Verwaltung.

Sondervermögen dürfen nicht dazu dienen, tatsächliche Verschuldung und finanzielle Belastungen zu verschleiern.

7. Prioritäten statt Verschwendung

Der Staat muss zuerst seine Kernaufgaben erfüllen.

Dazu gehören insbesondere:

- Bildung,
- Infrastruktur,
- innere Sicherheit,
- Gesundheitsversorgung,
- soziale Sicherung,
- Landwirtschaft,
- wirtschaftliche Rahmenbedingungen.

Bevor neue Ausgaben beschlossen werden, müssen bestehende Strukturen auf Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüft werden.

IV. WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

8. Wirtschaftliche Stärke

Ein leistungsfähiger Sozialstaat setzt wirtschaftliche Leistungsfähigkeit voraus.

Wir wollen:

- Bürokratie abbauen,
- Genehmigungsverfahren beschleunigen,
- Investitionen erleichtern,
- Unternehmensgründungen fördern,
- Forschung und Innovation stärken,
- mittelständische Unternehmen entlasten,
- Handwerk und Familienunternehmen stärken,
- wettbewerbsfähige Energiepreise ermöglichen.

9. Industrie erhalten

Deutschland darf nicht zum Industriestandort von gestern werden.

Wir wollen industrielle Wertschöpfung in Deutschland erhalten und neue Investitionen ermöglichen.

Technologieentscheidungen sollen nicht durch politische Ideologien bestimmt werden.

Der Staat soll Rahmenbedingungen schaffen und Ziele definieren. Die konkrete technische Lösung soll möglichst durch Wissenschaft und Wirtschaft entwickelt werden.

10. Arbeit muss sich lohnen

Wer arbeitet, Verantwortung übernimmt und Leistung erbringt, muss davon angemessen leben können.

Die Belastung von Arbeitseinkommen muss deshalb auf den Prüfstand.

V. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

11. Landwirtschaft ist systemrelevant

Landwirtschaft produziert Lebensmittel, erhält Kulturlandschaften, schafft Arbeitsplätze und sichert regionale Wertschöpfung.

Die DLW steht für eine wirtschaftlich tragfähige, ökologisch verantwortungsvolle und zukunftsfähige Landwirtschaft.

12. Weniger Bürokratie

Wir wollen:

- weniger Dokumentationspflichten,
- vereinfachte Förderanträge,
- digitale Verfahren,
- weniger Doppelkontrollen,
- verständliche Vorschriften,
- langfristige Planungssicherheit.

13. Faire Wettbewerbsbedingungen

Deutsche Landwirte dürfen nicht mit Produkten konkurrieren, die unter deutlich niedrigeren Standards produziert werden.

Internationale Handelsabkommen müssen deshalb faire Wettbewerbsbedingungen gewährleisten.

14. Agrardiesel

Die DLW fordert die Rücknahme der steuerlichen Mehrbelastung beim Agrardiesel.

Landwirtschaftliche Betriebe müssen international wettbewerbsfähig bleiben.

15. Regionale Lebensmittelversorgung

Wir wollen:

- Direktvermarktung,
- Hofläden,
- regionale Lieferketten,
- regionale Verarbeitung,
- regionale Beschaffung öffentlicher Einrichtungen stärken.

VI. LÄNDLICHER RAUM

16. Gleichwertige Lebensverhältnisse

Deutschland besteht nicht nur aus Großstädten.

Wir wollen auch im ländlichen Raum:

- gute Straßen,
- zuverlässigen ÖPNV,
- Ruf- und Bürgerbusse,
- schnelles Internet,
- zuverlässigen Mobilfunk,
- wohnortnahe medizinische Versorgung,
- Schulen und Kindertagesstätten,
- Einkaufsmöglichkeiten,
- kulturelle Angebote,
- Unterstützung des Ehrenamtes.

Wer auf dem Land lebt, darf nicht Bürger zweiter Klasse sein.

VII. INFRASTRUKTUR

17. Infrastruktur ist die Grundlage unseres Wohlstands

Straßen, Brücken, Schienen, Wasserwege, Energieversorgung und digitale Netze sind elementare Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe.

Deutschland muss wieder mehr erhalten, modernisieren und vorausschauend investieren.

18. Erhalt vor Neubau

Wir wollen:

- Brücken schneller sanieren,
- Straßen erhalten,
- Schienen modernisieren,
- Bahnhöfe erneuern,
- Wasserstraßen instandhalten,
- Stromnetze ausbauen,
- digitale Infrastruktur verbessern.

Dabei gilt:

Erhalt vor Neubau, wo dies wirtschaftlich und technisch sinnvoll ist.

19. Schnellere Genehmigungen

Wir wollen:

- * vereinfachte Planungsverfahren,
- * digitale Genehmigungsverfahren,
- * schnellere Entscheidungen,
- * bessere Behördenkoordination,
- * standardisierte Verfahren.

Infrastrukturprojekte dürfen nicht über Jahrzehnte geplant werden.

VIII. VERKEHR

20. Mobilität für alle

Die DLW lehnt den ideologischen Kampf zwischen Auto, Bahn, Bus und Fahrrad ab.

Nicht jedes Verkehrsmittel ist für jeden Zweck geeignet.

Wir wollen ein Verkehrssystem, in dem verschiedene Verkehrsträger sinnvoll zusammenarbeiten.

21. Straßenverkehr

Wir setzen uns ein für:

- leistungsfähige Straßen,
- sichere Verkehrswege,
- funktionierende Brücken,
- moderne Verkehrssteuerung,
- ausreichende Parkmöglichkeiten,
- technologieoffene Antriebslösungen.

Gerade im ländlichen Raum bleibt das Auto für viele Menschen unverzichtbar.

22. Öffentlicher Verkehr

Wir wollen:

- bessere Taktungen,
- zuverlässige Bus- und Bahnverbindungen,
- Rufbusse,
- Bürgerbusse,
- Sammeltaxis,
- bessere Verbindungen zwischen Stadt und Land.

23. Schienenverkehr

Priorität haben:

- Sanierung bestehender Strecken,
- Beseitigung von Engpässen,
- moderne Stellwerke,
- Digitalisierung,
- zuverlässiger Personenverkehr,
- leistungsfähiger Güterverkehr.

IX. LOGISTIK UND WIRTSCHAFTSVERKEHR

24. Deutschland als Logistikstandort stärken

Deutschland ist auf funktionierende Lieferketten angewiesen.

Wir wollen:

- leistungsfähige Güterverkehrskorridore,
- moderne Logistikzentren,
- leistungsfähige Hafenanbindungen,
- gute Autobahnen und Bundesstraßen,
- modernen Schienengüterverkehr,
- ausreichende Lkw-Parkplätze,
- sichere Rastanlagen,
- digitale Logistiksysteme.

25. Straße, Schiene und Wasser verbinden

Die DLW will Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen.

Unser Ziel lautet:

Straße, Schiene und Wasserstraße sinnvoll miteinander verbinden.

Intermodale Transportketten sollen dort gefördert werden, wo sie wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll sind.

X. BILDUNG

26. Bildung ist Zukunft

Unsere Kinder haben ein Recht auf eine qualitativ hochwertige und möglichst einheitliche Bildung.

Bildung muss kostenfrei zugänglich sein – sie darf jedoch niemals umsonst sein. Sie muss Wissen, Werte und Kompetenzen vermitteln.

27. Einheitliche Qualitätsstandards

Wir wollen:

- vergleichbare Bildungsstandards,
- einheitliche Mindestanforderungen,
- transparente Bildungsziele,
- qualitätsgesicherte Lehrmaterialien,
- regelmäßige Evaluation.

Kinder dürfen nicht davon abhängig sein, in welchem Bundesland sie zur Schule gehen.

28. Individuelle Förderung

Chancengerechtigkeit bedeutet nicht Gleichmacherei.

Jedes Kind muss dort abgeholt werden, wo es mit seinen Fähigkeiten und seinem Lernstand steht.

Wir wollen:

- individuelle Förderung,
- gezielte Unterstützung bei Lernschwierigkeiten,
- Begabtenförderung,
- Schulsozialarbeit,
- multiprofessionelle Teams.

29. Lehrkräfte stärken

Wir wollen:

- weniger Bürokratie,
- bessere Ausbildung,
- qualifizierte Seiteneinsteiger,
- mehr Fortbildung,
- administrative Unterstützung.

30. Berufliche Bildung

Die duale Ausbildung ist eine große Stärke Deutschlands.

Handwerk, Pflege, Industrie, Landwirtschaft, Logistik und technische Berufe müssen gesellschaftlich stärker anerkannt werden.

XI. FAMILIE UND GENERATIONENGERECHTIGKEIT

31. Familien stärken

Wir wollen:

- gute Kinderbetreuung,
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- bezahlbaren Wohnraum,
- Unterstützung von Familien mit mehreren Kindern,
- bessere Möglichkeiten für Wiedereinstieg und Teilzeit.

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein.

XII. RENTE UND ALTERSSICHERUNG

32. Vertrauen in die Rente zurückgewinnen

Der Satz „*Die Rente ist sicher*“ darf nicht zu einem historischen Zitat werden.

Die DLW will ein generationengerechtes und langfristig finanzierbares Rentensystem.

Wir wollen:

- eine verlässliche gesetzliche Rente,
- bessere Anerkennung von Erziehungszeiten,
- stärkere Anerkennung langjähriger Beitragszeiten,
- flexible Möglichkeiten freiwilliger Weiterarbeit,
- stärkere betriebliche und private Vorsorge.

33. Lebensleistung anerkennen

Wer jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge geleistet hat, muss dies im Alter spürbar wiederfinden.

Gleichzeitig müssen junge Generationen vor einer untragbaren Belastung geschützt werden.

XIII. GESUNDHEIT UND PFLEGE

34. Gute Gesundheitsversorgung

Jeder Mensch muss Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben.

Gleichzeitig muss das Gesundheitssystem langfristig finanzierbar bleiben.

35. Ärzte und Pflege entlasten

Wir wollen:

- weniger Bürokratie,
- bessere Digitalisierung,
- vereinfachte Abrechnung,
- bessere Arbeitsbedingungen,
- verlässliche Personalplanung.

Ärzte und Pflegekräfte sollen Menschen behandeln und pflegen – nicht hauptsächlich Formulare bearbeiten.

36. Medizin im ländlichen Raum

Wir wollen:

- * Landarztprogramme,
- * medizinische Versorgungszentren,
- * Telemedizin,
- * mobile Angebote,
- * bessere Notfallversorgung.

37. Pflege stärken

Wir wollen:

- bessere Arbeitsbedingungen,
 - weniger Dokumentationsaufwand,
 - bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
 - Unterstützung pflegender Angehöriger.
-

XIV. SOZIALSTAAT UND ARBEIT

38. Ein starker Sozialstaat

Der Sozialstaat muss Menschen auffangen, die unverschuldet in Not geraten.

Gleichzeitig muss Arbeit sich lohnen.

Wir stehen für:

Solidarität und Eigenverantwortung.

39. Arbeit muss sich lohnen

Wir wollen:

- geringere Belastungen auf Arbeitseinkommen,
- bessere Zuverdienstmöglichkeiten,
- Qualifizierung,
- Unterstützung beim Wiedereinstieg,
- konsequente Bekämpfung von Leistungsmissbrauch.

Wer nicht arbeiten kann, verdient Unterstützung.

Wer arbeiten kann, soll möglichst wieder in Arbeit kommen.

XV. FACHKRÄFTESICHERUNG, MIGRATION UND INTEGRATION

Deutschland steht vor einer doppelten Herausforderung: Der demografische Wandel verändert unsere Gesellschaft, während in zahlreichen Branchen qualifizierte Arbeitskräfte fehlen.

Die DLW ist überzeugt:

Fachkräftesicherung beginnt nicht an der Grenze, sondern bei den Menschen, die bereits hier leben.

Gleichzeitig kann gezielte qualifizierte Zuwanderung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung unseres Arbeitsmarktes leisten.

Migration darf weder pauschal als Problem noch als alleinige Lösung für den Fachkräftemangel betrachtet werden.

Wir brauchen eine *gesteuerte, qualifikationsorientierte und integrationsfähige Migrationspolitik*.

40. Fachkräfte im eigenen Land gewinnen

Die wichtigste Säule der Fachkräftesicherung ist die bessere Ausbildung und Qualifizierung der Menschen in Deutschland.

Wir wollen:

- berufliche Ausbildung stärken,
- Ausbildungsabbrüche reduzieren,
- Berufsorientierung verbessern,
- Weiterbildung und Umschulung erleichtern,
- Qualifizierungsangebote ausbauen,
- Menschen ohne Berufsabschluss gezielt qualifizieren,
- vorhandene Kompetenzen besser nutzen.

Deutschland darf vorhandenes Potenzial nicht ungenutzt lassen.

41. Junge Menschen für Ausbildung gewinnen

Wir setzen uns ein für:

- stärkere Berufsorientierung,
- Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen,
- moderne Berufsschulen,
- bessere Ausstattung von Ausbildungsstätten,
- Unterstützung von Ausbildungsbetrieben,
- Teilqualifikationen,

- Förderung leistungsschwächerer Auszubildender.
- Nicht jeder gute Facharbeiter braucht ein Studium.

Eine hochwertige Berufsausbildung muss denselben gesellschaftlichen Respekt erhalten wie ein akademischer Bildungsweg.

42. Ältere Arbeitnehmer

Viele Menschen verfügen auch nach Erreichen des Rentenalters über wertvolle Erfahrung.

Wir wollen diejenigen unterstützen, die freiwillig weiterarbeiten möchten.

Dazu gehören:

- flexible Übergänge zwischen Arbeit und Ruhestand,
- Teilzeitarbeit im Alter,
- weniger bürokratische Hürden,
- attraktive Rahmenbedingungen für freiwillige Weiterarbeit,
- Wissenstransfer zwischen Generationen.

Wer länger arbeiten möchte, soll dies können – wer seinen Ruhestand erreicht hat, soll ihn auch genießen können.

43. Frauen stärker in den Arbeitsmarkt integrieren

Wir wollen bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Dazu gehören:

- verlässliche Kinderbetreuung,
- flexible Arbeitszeitmodelle,
- bessere Wiedereinstiegsmöglichkeiten,
- Qualifizierung nach längeren Erwerbsunterbrechungen,
- Abbau unnötiger bürokratischer Hürden.

Familie und Beruf dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen.

44. Menschen mit Behinderung einbeziehen

Wir wollen:

- Barrieren abbauen,
- Arbeitgeber bei Integration unterstützen,
- berufliche Qualifizierung stärken,
- Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern,

- individuelle Unterstützungsangebote verbessern.

Fachkräftesicherung bedeutet auch, vorhandene Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen.

45. Gesteuerte und geordnete Migration

Deutschland braucht eine Migrationspolitik, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet.

Wir unterscheiden klar zwischen:

- Asyl und Flüchtlingsschutz,
- humanitärer Aufnahme,
- regulärer Einwanderung,
- qualifizierter Fachkräftezuwanderung,
- Familiennachzug,
- Personen ohne Aufenthaltsrecht.

Diese Bereiche müssen rechtlich und politisch klar voneinander getrennt werden.

46. Fachkräfte gezielt gewinnen

Deutschland kann seinen zukünftigen Fachkräftebedarf nicht in allen Bereichen allein durch die eigene Bevölkerung decken.

Deshalb befürwortet die DLW eine *gezielte qualifikationsorientierte Einwanderung*.

Wir wollen:

- ein transparentes Einwanderungssystem,
- schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse,
- digitale und beschleunigte Verfahren,
- gezielte Anwerbung in Mangelberufen,
- transparente Anforderungen an Qualifikation,
- Sprachförderung,
- faire Arbeitsbedingungen,
- Schutz vor Lohndumping und Ausbeutung.

47. Ausländische Qualifikationen anerkennen

Wir wollen:

- einheitlichere Anerkennungsverfahren,
- digitale Antragstellung,
- verbindliche Bearbeitungsfristen,

- bessere Beratung,
- Nachqualifizierung bei fehlenden Teilqualifikationen,
- schnellere berufliche Integration.

Qualifizierte Menschen sollen nicht dauerhaft unterhalb ihrer tatsächlichen Qualifikation beschäftigt werden.

48. Sprache als Schlüssel zur Integration

Deutschkenntnisse sind eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche und berufliche Integration.

Wir wollen ausreichende und zugängliche Sprachförderangebote.

Gleichzeitig erwarten wir von Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben möchten, dass sie diese Möglichkeiten wahrnehmen und sich ernsthaft um den Erwerb der deutschen Sprache bemühen.

Integration bedeutet:

Fördern und Fordern.

49. Integration in Arbeit

Wir wollen:

- schnellere Vermittlung in Ausbildung und Beschäftigung,
- berufliche Sprachförderung,
- Anerkennung von Qualifikationen,
- Praktika und Einstiegsprogramme,
- bessere Zusammenarbeit zwischen Arbeitsagenturen, Jobcentern und Unternehmen.

Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben und arbeiten, sollen möglichst schnell ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern können.

50. Asyl und Fachkräfteeinwanderung klar trennen

Asyl ist ein individuelles Schutzrecht und darf nicht mit wirtschaftlicher Einwanderung gleichgesetzt werden.

Für Asyl gilt:

- Schutz für tatsächlich Schutzbedürftige,
- schnelle und faire Verfahren,
- rechtsstaatliche Entscheidungen,

- menschenwürdige Unterbringung,
- konsequente Rückführung bei rechtskräftig festgestelltem fehlendem Aufenthaltsrecht.

Für Fachkräfteeinwanderung gilt:

- klare Qualifikationskriterien,
- nachvollziehbare Einwanderungswege,
- schnelle Verfahren,
- Sprachförderung,
- Integration in den Arbeitsmarkt.

51. Rückführung bei fehlendem Aufenthaltsrecht

Wer keinen rechtlichen Anspruch auf Aufenthalt besitzt und dessen Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist, muss Deutschland grundsätzlich wieder verlassen.

Rückführungen müssen:

- rechtsstaatlich,
- human,
- konsequent,
- nachvollziehbar

erfolgen.

Der Staat muss geltendes Aufenthaltsrecht durchsetzen können.

52. Integration ist keine Einbahnstraße

Der Staat muss Integration ermöglichen.

Dazu gehören:

- Sprachförderung,
- Bildung,
- berufliche Qualifizierung,
- Zugang zum Arbeitsmarkt,
- gesellschaftliche Teilhabe.

Gleichzeitig erwarten wir von Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben möchten:

- Achtung des Grundgesetzes,
- Einhaltung unserer Gesetze,
- Bereitschaft zum Spracherwerb,
- Bereitschaft zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration,
- Anerkennung der Gleichberechtigung von Mann und Frau,
- Respekt gegenüber anderen Menschen und ihren Freiheitsrechten.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar.

53. Keine Ausbeutung von Migranten

Wir wollen:

- gleiche Rechte für gleiche Arbeit,
- wirksame Kontrollen gegen Schwarzarbeit,
- konsequente Bekämpfung von Menschenhandel,
- Schutz vor ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen,
- faire Arbeitsbedingungen.

Fachkräftezuwanderung darf nicht zu Lohndumping führen.

54. Kommunen unterstützen

Migration und Integration finden vor allem vor Ort statt.

Wir wollen:

- verlässliche Finanzierung der Kommunen,
- bessere Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen,
- ausreichende Kapazitäten in Schulen und Kindertagesstätten,
- Unterstützung bei Sprachförderung,
- ausreichende medizinische und soziale Infrastruktur.

Kommunen dürfen mit diesen Aufgaben nicht allein gelassen werden.

55. Fachkräftesicherung auf mehreren Säulen

Eine nachhaltige Fachkräftestrategie beruht auf:

1. Ausbildung

Mehr junge Menschen für qualifizierte Berufe gewinnen.

2. Weiterbildung

Beschäftigte auf neue Anforderungen vorbereiten.

3. Erwerbsbeteiligung

Vorhandene Potenziale besser nutzen.

4. Digitalisierung und Automatisierung

Produktivität durch moderne Technologien steigern.

5. Gezielte Fachkräftezuwanderung

Dort qualifizierte Menschen gewinnen, wo ein tatsächlicher Bedarf besteht.

Keine dieser Säulen allein wird das Problem lösen.

Die Kombination macht den Unterschied.

XVI Innere Sicherheit

56. Freiheit braucht Sicherheit

Wir wollen:

- ausreichend Personal bei Polizei und Justiz,
- schnellere Gerichtsverfahren,
- bessere Ausstattung,
- konsequente Strafverfolgung,
- Bekämpfung organisierter Kriminalität,
- Schutz kritischer Infrastruktur,
- moderne Cyberabwehr.

Sicherheit muss rechtsstaatlich erfolgen.

XVII. ENERGIE

57. Bezahlbare und sichere Energie

Energie muss:

- sicher,
- bezahlbar,
- verfügbar,
- umweltverträglich

sein.

Wir setzen auf Technologieoffenheit.

Dazu gehören:

- erneuerbare Energien,
- Speicher,
- Netzausbau,
- Energieeffizienz,
- Forschung,
- neue Technologien.

Die Energiewende darf nicht zu einer sozialen oder wirtschaftlichen Überforderung führen.

XVIII. NATUR-, UMWELT- UND KLIMASCHUTZ

58. Umweltschutz ohne Ideologie

Die DLW will Natur und Umwelt schützen.

Dabei stehen wissenschaftliche Erkenntnisse und tatsächliche Wirkungen im Mittelpunkt.

Wir wollen:

- gesunde Böden,
- saubere Gewässer,
- Schutz der Artenvielfalt,
- weniger unnötige Flächenversiegelung,
- nachhaltige Landnutzung,
- Schutz wertvoller Lebensräume.

59. Verursacherprinzip

Wer Umweltschäden verursacht, soll grundsätzlich stärker für deren Beseitigung und Folgekosten verantwortlich sein.

XIX. DIGITALISIERUNG

60. Der Staat muss digital funktionieren

Wir wollen:

- digitale Behörden,
- digitale Anträge,
- elektronische Akten,
- sichere digitale Identitäten,
- bessere IT-Systeme,
- moderne Cyberabwehr.

Bürger sollen ihre Daten nicht immer wieder neu bei verschiedenen Behörden einreichen müssen.

61. Digitalisierung mit Freiheit

Digitalisierung darf nicht zur vollständigen Überwachung des Bürgers führen.

Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung müssen gewährleistet bleiben.

XX. FORSCHUNG UND INNOVATION

62. Zukunft durch Innovation

Wir wollen:

- Forschung stärken,
- Start-ups fördern,
- Technologietransfer verbessern,
- Wissenschaft und Wirtschaft stärker verbinden,
- Innovationen in Deutschland halten.

Künstliche Intelligenz, Robotik, moderne Medizin, Biotechnologie, neue Werkstoffe und Energietechnologien bieten große Chancen.

Deutschland darf diese Entwicklung nicht verschlafen.

XXI. WOHNEN UND EIGENTUM

63. Bezahlbares Wohnen

Wir wollen mehr Wohnraum schaffen.

Dazu gehören:

- schnellere Genehmigungen,
- weniger unnötige Bauvorschriften,
- Nachverdichtung,
- kommunaler Wohnungsbau dort, wo notwendig,
- Förderung von Wohneigentum,
- Unterstützung junger Familien.

64. Eigentum stärken

Eigentum bedeutet persönliche Sicherheit und gesellschaftliche Stabilität.

Wir wollen Menschen den Weg zum eigenen Zuhause erleichtern.

XXII. EHRENAMT, KULTUR UND GESELLSCHAFT

65. Gesellschaft lebt vom Engagement

Wir wollen Vereine, Feuerwehren, Rettungsdienste und andere ehrenamtlich Tätige stärken.

Dazu gehören:

- weniger Bürokratie,
 - bessere Rahmenbedingungen,
 - Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit,
 - Unterstützung des Sports,
 - Erhalt regionaler Kultur.
-

XXIII. EUROPA

66. Ein starkes Europa

Deutschland ist Teil Europas.

Wir wollen eine Europäische Union, die sich auf wesentliche Aufgaben konzentriert.

Europa soll:

- wirtschaftlich wettbewerbsfähig sein,
- seine Außengrenzen schützen,
- Frieden fördern,
- faire Handelsbedingungen schaffen,
- gemeinsame Infrastruktur stärken.

67. Subsidiarität

Nicht alles muss in Brüssel entschieden werden.

Was auf kommunaler, Landes- oder nationaler Ebene besser entschieden werden kann, soll dort entschieden werden.

XXIV. FRIEDEN UND AUSSENPOLITIK

68. Frieden durch Diplomatie

Die DLW steht für Frieden.

Konflikte müssen möglichst durch Diplomatie, Vermittlung und Verhandlungen gelöst werden.

Wir wollen:

- diplomatische Gesprächskanäle offenhalten,
- Vermittlungsangebote stärken,
- Konfliktprävention ausbauen,
- humanitäre Hilfe leisten,
- Waffenexporte streng kontrollieren.

Deutschland muss seine Möglichkeiten nutzen, um Frieden zu fördern.

XXV. BUNDESWEHR UND KRISENVORSORGE

69. Sicherheit gewährleisten

Friedenspolitik bedeutet nicht, Risiken zu ignorieren.

Deutschland braucht eine leistungsfähige Sicherheits- und Verteidigungsfähigkeit.

Wir wollen:

- eine einsatzfähige Bundeswehr,
 - moderne Ausstattung,
 - gute Rahmenbedingungen für Soldaten,
 - Schutz kritischer Infrastruktur,
 - leistungsfähigen Katastrophenschutz,
 - bessere zivile Krisenvorsorge.
-

XXVI. WOHN WIR WOLLEN

70. Unser Gesellschaftsbild

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Alter oder persönlicher Lebenssituation ihren Platz finden können.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Leistung anerkannt wird, Schwache Unterstützung erhalten und jeder Mensch die Möglichkeit bekommt, sein Leben möglichst selbstbestimmt zu gestalten.

Solidarität bedeutet für uns nicht Gleichmacherei.

Solidarität bedeutet:

> *Wer Hilfe braucht, bekommt Hilfe.*

Und:

> *Wer Verantwortung übernehmen kann, soll Verantwortung übernehmen.*

XXVII. UNSER DEUTSCHLAND

Wir wollen ein Deutschland,

- in dem Arbeit sich wieder lohnt,
 - in dem Familien eine Zukunft haben,
 - in dem Kinder gute Bildung erhalten,
 - in dem ältere Menschen von ihrer Lebensleistung leben können,
 - in dem Pflegekräfte Zeit für Menschen haben,
 - in dem Ärzte behandeln statt verwalten,
 - in dem Landwirte von ihrer Arbeit leben können,
 - in dem Unternehmen investieren statt abwandern,
 - in dem der Staat seine Finanzen im Griff hat,
 - in dem Steuergeld verantwortungsvoll eingesetzt wird,
 - in dem Straßen, Brücken und Schienen funktionieren,
 - in dem Mobilität bezahlbar bleibt,
 - in dem Logistik und Wirtschaft leistungsfähig sind,
 - in dem Natur geschützt wird,
 - in dem Energie sicher und bezahlbar bleibt,
 - in dem Fachkräfte eine Perspektive finden,
 - in dem Migration geregelt und Integration eingefordert wird,
 - in dem Polizei und Justiz handlungsfähig sind,
 - in dem Bürger wieder Vertrauen in Politik entwickeln können,
 - und in dem Frieden aktiv angestrebt wird.
-

XXVIII. DIE DLW IN REGIERUNGSVERANTWORTUNG

Sollte die DLW politische Verantwortung übernehmen, gelten für uns verbindliche Grundsätze:

1. Transparenz

Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein.

2. Finanzierbarkeit

Versprechen müssen finanziert werden können.

3. Sachlichkeit

Entscheidungen müssen auf Fakten beruhen.

4. Bürgernähe

Politik muss zuhören.

5. Verantwortung

Politiker müssen für ihre Entscheidungen einstehen.

6. Korrekturfähigkeit

Fehler müssen korrigiert werden.

XXIX. UNSERE SIEBEN LEITLINIEN

Unsere Politik orientiert sich an sieben grundlegenden Leitlinien:

1. AUSGEWOGENHEIT

Wir betrachten unterschiedliche Interessen und suchen den fairen Ausgleich.

2. VERNUNFT

Wir entscheiden nach Wirkung und nicht nach Ideologie.

3. SACHLICHKEIT

Wir orientieren uns an Fakten und wissenschaftlichen Erkenntnissen.

4. VERANTWORTUNG

Wir gehen verantwortungsvoll mit Freiheit, Macht und Steuergeld um.

5. LEISTUNG

Leistung muss anerkannt werden und sich lohnen.

6. SOLIDARITÄT

Menschen in Not müssen auf einen starken Sozialstaat zählen können.

7. DEMOKRATIE

Die Bürger müssen stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden.

SCHLUSSWORT

Deutschland braucht keinen weiteren politischen Lagerkampf.

Deutschland braucht Lösungen.

Wir wollen weder Ängste schüren noch Probleme schönreden.

Wir wollen Probleme benennen, Ursachen analysieren und Lösungen entwickeln.

Wir wollen eine Politik, die wieder stärker fragt:

Was ist gut für unser Land?

Was ist gut für die Menschen?

Was können wir uns leisten?

Was müssen wir verändern?

Die DLW steht für eine Politik der *Ausgewogenheit, Vernunft und des sachlichen Dialogs*.

Wir stehen für Demokratie und Rechtsstaat.

Wir stehen für Freiheit und Verantwortung.

Wir stehen für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Vernunft.

Wir stehen für unsere Landwirtschaft, unsere Unternehmen, unsere Familien und unsere Regionen.

Wir stehen für Bildung und Chancengerechtigkeit.

Wir stehen für Fachkräftesicherung und eine gesteuerte Migration.

Wir stehen für funktionierende Infrastruktur, bezahlbare Mobilität und einen leistungsfähigen Wirtschaftsstandort.

Wir stehen für Natur- und Umweltschutz ohne ideologische Scheuklappen.

Wir stehen für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Wir stehen für Frieden und Diplomatie.

Und wir stehen für einen Staat, der seine Aufgaben erfüllt und verantwortungsvoll mit dem Geld seiner Bürger umgeht.

DEUTSCH-LAND-WIRTSCHAFT

*Für Deutschland.
Für die Menschen.
Für eine starke Zukunft.*

Nicht links. Nicht rechts. Sondern vernünftig.